

Beschluss des Landrats vom 11.06.2020

Nr. 465

71. Arbeitsrückstand auf dem Handelsregisteramt wirkt sich negativ auf die Standortförderung aus

2020/296; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) führt aus, dem Regierungsrat sei die Bedeutung eines funktionierenden Handelsregisterwesens für die Wirtschaft bestens bekannt. Ebenso bekannt sind die Arbeitsrückstände in diesem Bereich. Die Bearbeitungsfrist ist ab Ende 2018 von zuvor 3-5 Tagen auf 20-30 Arbeitstage angestiegen. Das ist sehr unbefriedigend. Aktuell beträgt die Bearbeitungsfrist 21 Arbeitstage.

Aufgrund dieser Rückstände bewilligte der Regierungsrat bereits im August 2019 1,5 zusätzliche FTE für das Handelsregisteramt und hob damit die Dotation des Amtes auf das in der Schweiz übliche Niveau an. Davon sind 0,5 FTE für die Aufstockung der juristischen Kompetenz und 1 FTE, also 100 %, für die Sachbearbeitung vorgesehen. Die zusätzlichen Stellen wurden damals befristet bewilligt und konnten dadurch nur unzulänglich besetzt werden. Diese Situation konnte mit der Überführung in den Bestand der unbefristeten Stellen verbessert werden. Die Zusatzstellen wurden per 1. Mai 2020 definitiv besetzt. Die Fachkompetenz der beiden angestellten Personen, eine sehr schnelle Einarbeitung und eine rasch eintretende Produktivität sind somit sichergestellt. Nach wie vor verwaist ist derzeit eine 50-%-Juristenstelle. Die Vakanz besteht aufgrund eines Mutterschaftsurlaubs. Die möglichen dringlichen Massnahmen seitens Regierungsrat wurden damit ergriffen. Es bleibt, die Wirksamkeit der Massnahmen abzuwarten, was erst bei voller Produktivität der neu eingestellten Mitarbeitenden möglich ist.

Um die Wirkung der bereits getroffenen Massnahmen feststellen und gleichzeitig allenfalls erforderliche weitere Massnahmen und deren Folgen eruieren zu können, beantragt der Regierungsrat, die Motion als Postulat zu überweisen.

Andreas Dürr (FDP) gefallen die Ausführungen von Regierungsrätin Kathrin Schweizer, allein ihm fehlt der Glaube. Wenn die Geschichte nur nicht schon so lange andauern würde... Einer seiner ersten Vorstösse im Jahr 2014 behandelte dieses Thema. Nichts geschah. Es wurde eingestellt und wieder entlassen. Es ist eine Führungsaufgabe, dort genauer hinzuschauen. Auch den vorherigen Sicherheitsdirektor Isaac Reber hat der Redner mehrmals darauf hingewiesen. Dieser versicherte auch, zu schauen. Seit sechs Jahren wird Andreas Dürr gesagt, man schaue, und dennoch wird es nicht besser.

Eine Umwandlung in ein Postulat ist in Ordnung, eine Motion kann wohl auch nichts wesentliches bringen. Vorher appellierte der Votant an das soziale Gewissen von Regierungsrätin Kathrin Schweizer. Er hofft jetzt, dass sie in diesem Fall ihre Führungsstärke zeigt. Dort muss man hinschauen und etwas tun und nicht einfach Personen anstellen, die dann in den Mutterschaftsurlaub oder sonstwohin gehen. Die Wirtschaft braucht das. Deshalb wurde der Vorstoss dringlich eingereicht.

Der Regierungsrat sagte im Hinblick auf die Coronabewältigung, dass man Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft ergreifen möchte. Eine Massnahme ist, beim Handelsregisteramt hinzuschauen. Es geht nicht nur um die Eintragsfrist bei einer Gründung. Man stelle sich vor, die Gründung einer GmbH dauere drei bis vier Wochen. Diese Leute haben dann zwar das Geld einbezahlt, können aber keine Telefonnummer buchen oder Mehrwertsteuernummer lösen. Das ist

Standortförderung! Es gibt aber noch weitere Probleme beim Handelsregisteramt, beispielsweise die Vorprüfungen. Bei einem komplexeren Unternehmen wie einer grösseren Umstrukturierung braucht es Vorabklärungen. Diese finden aktuell beim Handelsregisteramt Baselland nicht statt. Gottseidank gibt es noch einen Nachbarkanton, den man fragen kann, was aber etwas peinlich ist. Das sind wirtschaftspolitisch relevante Fragen. Eine GmbH-Eintragung müsste in drei Tagen erfolgt sein. Ein weiterer Hinweis: Das Handelsregisteramt muss eigentlich die bestehenden Eintragungen periodisch überprüfen, ob sie noch stimmen. Das findet im Kanton Basel-Landschaft gar nicht mehr statt. So geht es nicht. Denn so werden keine grösseren Konzerne hierhergeholt. Da ist Führungsverantwortung gefragt. Andreas Dürr nimmt Regierungsrätin Kathrin Schweizer in die Pflicht. Er verspricht, nicht noch einmal sechs Jahre zu warten.

://: Der Vorstoss wird stillschweigend als Postulat überwiesen.
